

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 20. Mai 1955

Nummer 20

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte Mai 1955

Anhaltender Fortschritt der Erzeugung bei weiterer Beruhigung des Preisklimas in der westlichen Wirtschaft

Die völlige Überwindung aller boomartigen Übersteigerungen — ohne kontraktive Rückschläge, aber unter Beibehaltung eines kräftigen realen Fortschritts — kennzeichnet die gegenwärtige Situation der westlichen Wirtschaft. Die an dieser Stelle wiederholt herausgestellte Elastizität und Anpassungsfähigkeit der westlichen Erzeugung, die bei vorübergehenden Übersteigerungen der Nachfrage die Entstehung von gefährlichen Engpässen in der Vergangenheit immer wieder verhinderte, hat inzwischen das effektive Angebot so erweitert, daß bei verlangsamttem Nachfragezuwachs ein Marktgleichgewicht bei stabilen, ja, zum Teil sogar sinkenden Preisen möglich geworden ist. Zwar bestehen in einzelnen Bereichen der Erzeugung und in einzelnen Ländern Westeuropas, so etwa auf dem Stahlmarkt Westdeutschlands, immer noch gewisse Auftragsüberhänge, aber bei der sich normalisierenden Nachfrage und der gerade bei Eisen und Stahl beträchtlich erweiterten Erzeugung sind diese Auftragsüberhänge heute zwar als konjunkturell wichtige Auftragsreserven, kaum jedoch noch als unerwünschte Haussefaktoren zu betrachten. Die Zunahme der Eisen- und Stahlerzeugung betrug in Westdeutschland im 1. Vierteljahr 1955 gegenüber dem 1. Vierteljahr 1954 mehr als ein Drittel; demgegenüber betrug die Erzeugungszunahme des wichtigsten Eisen- und Stahlverbrauchers, der Investitionsgüterindustrie, im gleichen Zeitraum nur knapp ein Viertel.

Auch die neuerdings wieder unter verschärftem Preisdruck stehende Entwicklung der internationalen Rohstoffmärkte trägt wesentlich zur Stabilisierung der nationalen Preisniveaus bei und hält auf Grund der fehlenden spekulativen Eindeckung die Bevorratung mit Auslands-Roh- und -Hilfsstoffen ebenfalls von Übersteigerungen frei.

Die schon seit längerem in allen westeuropäischen Ländern sichtbar gewordene Tendenz einer schneller als die Ausfuhr wachsenden Einfuhr konnte sich so — unbeschadet der für einige Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien und Schweden) hierdurch unvermeidbaren Handelsbilanzdefizite — ebenfalls preisregulierend auswirken und die in bestimmten Bereichen angespannte inländische Güterversorgung entlasten.

Diese Faktoren in Verbindung mit dem durch Rationalisierungsinvestitionen ermöglichten starken Produktivitätszuwachs sind entscheidend dafür gewesen, daß das westeuropäische Preisklima seit Beginn des verstärkten Aufschwungs bis zur Gegenwart keineswegs jene inflatorischen Tendenzen gezeigt hat und zeigt,

die vielfach auf Grund partieller, aber meist wieder nach unten korrigierter Preissteigerungen auf Einzelmärkten allzuhäufig als eine allgemeine Erscheinung unterstellt wurden.

Die Preisentwicklung in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika seit Mitte 1954

Die Großhandelspreise in den konjunkturell führenden Ländern Westeuropas sind seit Juni vorigen Jahres bis Frühjahr dieses Jahres im wesentlichen unverändert geblieben. Die relativ stärkste Steigerung mit 1,5 bzw. 1,3 vH zeigen die belgischen bzw. schwedischen Indices, während die Erhöhung des britischen, französischen und niederländischen Großhandelspreisniveaus in dieser Zeitspanne noch nicht 1 vH beträgt. Das schweizerische und norwegische Großhandelspreisniveau hat sogar den Stand zu Beginn des 2. Halbjahrs 1954 geringfügig unterschritten. Auch der Lebenshaltungskostenindex der westeuropäischen Wirtschaften zeigt nur bei Großbritannien eine stärkere Erhöhung von 2,8 vH, während bei den übrigen Ländern die Zunahme unter 1 vH liegt, soweit nicht sogar, wie bei Belgien und Schweden, eine Verringerung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Stand von Mitte 1954 festgestellt werden kann. Ähnliches gilt im übrigen auch für die Vereinigten Staaten, in denen die Großhandelspreise von Juni 1954 bis März 1955 unverändert blieben und der Lebenshaltungskostenindex sogar weiter geringfügig zurückging.

Die vielfach vertretene Auffassung, daß trotz dieser Preisstabilität in einer Phase verstärkten Aufschwungs immer noch von unerwünschten inflatorischen Tendenzen gesprochen werden müßte, weil und sofern der Produktivitätszuwachs nicht in vollem Umfange in Preissenkungen zum Ausdruck gekommen wäre, ist eine Verfälschung des Inflationsbegriffes. Eine derartige Auffassung wäre im übrigen auch als wirtschaftspolitische Forderung unter den konjunkturellen Bedingungen einer vor allem von der Investition getragenen Aufwärtsbewegung nicht zu realisieren. Es sei denn, man würde auf den Fortschritt und damit letztlich auch auf den Produktivitätszuwachs verzichten. Die monetär restriktiven Maßnahmen einiger Länder (Großbritannien, Schweden, Norwegen) sind daher auch in Wirklichkeit nicht von einer übersteigerten inflatorischen Preisentwicklung in diesen Ländern, sondern von der sich anspannenden Devisensituation her zu erklären und zu begründen, und sie sind, wie gerade das gegenwärtige Beispiel Großbritanniens zeigt, auch nur in dieser Richtung bisher mit Erfolg durchgeführt worden. So hat sich z. B. das britische Pfund infolge des jetzt zu seinen Gunsten wirkenden Zinsgefälles zusehends erholt, während das Kredit-

volumen Großbritanniens trotz der Kreditverteuerung weiter kräftig gestiegen ist.

Der Konjunkturverlauf in den Vereinigten Staaten von Amerika

Allem Anschein nach kommt der seit Anfang dieses Jahres verstärkte konjunkturelle Fortschritt der amerikanischen Wirtschaft auch den Fortschrittstendenzen der übrigen Welt insofern entgegen, als die amerikanische Einfuhr im ersten Viertel dieses Jahres gegenüber dem ersten Viertel 1954 nicht unerheblich gestiegen ist. Die in Westeuropa zu beobachtende Tendenz wachsender Außenhandelsdefizite bzw. verringerter Außenhandelsüberschüsse gegenüber dem Dollarraum ist zwar durch die jüngste amerikanische Außenhandelsentwicklung noch nicht merklich gemildert worden, da nicht nur die amerikanische Einfuhr, sondern auch die amerikanische Ausfuhr kräftig zugenommen hat. Aber schon die Tatsache, daß die amerikanische Einfuhr neuerdings offensichtlich nicht mehr stagniert, sondern wieder zunimmt, verstärkt naturgemäß die Expansionsmöglichkeiten der westeuropäischen Wirtschaft oder verringert zumindest die Gefahren einer infolge Devisenmangels erzwungenen Kontraktion.

Die amerikanische Industrieproduktion hat seit Frühjahr dieses Jahres kräftig zugenommen und lag im März um 10 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Da auch der Auftragseingang in den wichtigsten Bereichen der amerikanischen Wirtschaft beträchtlich größer als im Vorjahr ist — so etwa bei den dauerhaften Gütern um rund ein Drittel — und der Wiederaufbau der Läger verstärkt in Gang kommt, kann für die nächsten Monate mit einem Anhalten des Aufschwungs gerechnet werden. Einen wesentlichen Faktor für die Intensivierung dieser Aufwärtsbewegung bildeten die im ersten Viertel dieses Jahres stärker gewachsenen Ausgaben der privaten Haushalte, die dem Zuwachs der persönlichen, verfügbaren Einkommen entsprachen. Infolge des seit Beginn dieses Jahres intensivierten Abbaus der öffentlichen Defizite — mit Beendigung des Fiskaljahres 1954/55 Ende Juni dieses Jahres wird mit einer weitgehend ausgeglichenen Kassenlage der öffentlichen Haushalte gerechnet — konnte der private Sektor der Wirtschaft ohne Gefahr seine Kreditaufnahme erhöhen.

Der Aktienmarkt als Unsicherheitsfaktor in der amerikanischen Konjunkturentwicklung

Zu den Unsicherheitsfaktoren im gegenwärtigen amerikanischen Konjunkturverlauf gehört die Entwicklung auf den Aktienmärkten. Die seit April dieses Jahres im Tempo erheblich verlangsamte Aufwärtsbewegung der amerikanischen Aktienkurse findet zwar, was das gegenwärtig erreichte Kursniveau betrifft, in der allgemeinen positiven konjunkturellen Entwicklung und der günstigen Ertragslage der amerikanischen Wirtschaft eine fundiertere Stütze als je zuvor. Im gegenwärtigen Kursniveau sind jedoch die ursprünglichen Ertragsersparungen der Aktienkäufer weitgehend realisiert worden. Es erscheint daher fraglich, ob trotz der großzügigen Dividendenpolitik der amerikanischen Aktiengesellschaften — die die Rendite der amerikanischen Aktienwerte auch bei den beträchtlichen Kurssteigerungen im letzten Jahre relativ hochgehalten hat (etwa 4 % bei den „blue chips“) — eine weitere derartige Eskomptierung zukünftiger Ertragschancen wahrscheinlich ist. Denn die Wahrscheinlichkeit, daß diese Ertragsersparungen wieder erfüllt werden, ist naturgemäß bei einem bereits zum Teil als überhöht geltenden Kursniveau immer geringer als bei Kursen, die sich noch auf dem Wege zu einem derartigen Niveau befinden.

Die amerikanische Geld- und Kreditpolitik befindet sich hier in einem echten Dilemma. Soweit sie, wie bisher bereits geschehen, die hohen und wachsenden Kreditengagements der Effektenkäufer durch Verschärfung der „margin requirements“ zu drosseln versucht, trifft sie zweifellos die unerwünschten, speku-

lativen Faktoren einer Übersteigerung der Kursbildung. Soweit sie jedoch andererseits mit der gleichen Absicht, aber auch aus anderen Gründen (Furcht vor Inflation), den Kredit überhaupt verteuert (Diskontheraufsetzung), schafft sie über den von ihr angestrebten und bewirkten Liquiditätsdruck auf Banken und Wirtschaft gerade die Voraussetzungen für nicht minder unerwünschte Kurseinbrüche auf den Aktienmärkten, die notwendigerweise aus dem Zwang zur Liquidität auf seiten der Wirtschaft folgen. Nur die Tatsache, daß heute der überwiegende Teil der im vergangenen Jahr neu emittierten Aktien sich in institutionellem Besitz befindet (Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Trusts, Stiftungen usw.), also Institutionen, die relativ unempfindlich gegenüber Liquiditätsanspannungen sind, bietet eine gewisse Gewähr dafür, daß derartige Kurseinbrüche anders als in den Vorkriegsjahren sich in bescheideneren Grenzen halten könnten.

Die westdeutsche Entwicklung

In Westdeutschland sind die für die gegenwärtige westeuropäische Entwicklung bereits als kennzeichnend herausgestellten Beruhigungstendenzen im Preisklima und im Konjunkturverlauf seit Frühjahr dieses Jahres ebenfalls und besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Bei zuletzt etwas verlangsamtem, aber im ganzen stetigem Fortschritt der Gesamterzeugung konnte das allgemeine Preisniveau im wesentlichen stabil gehalten werden. Verlangsamt hat sich vor allem der Zuwachs in der Erzeugung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie; auch im Investitionsgüterbereich liegt die diesjährige Zuwachsrate (1. Vierteljahr 1955) nur wenig über der des entsprechenden Vorjahrsquartals. Verstärkt hat sich dagegen der Zuwachs der Verbrauchsgütererzeugung, die, angeregt durch stärkere Eindeckungen des Handels und gestützt auf steigende Masseneinkommen, neue Impulse zur Produktionsausdehnung erhielt. Auch die Auftragsentwicklung, besonders die von seiten des Auslandes, zeigt bei anhaltendem Abbau aller Übersteigerungen eine weiter nach oben gerichtete Tendenz.

Im Außenhandel haben die Ausweitungstendenzen ebenfalls angehalten, wobei die Ausfuhr nach den bis jetzt vorliegenden Märzergebnissen sogar wieder stärker als die Einfuhr zugenommen hat, so daß sich der Aktivsaldo der Handelsbilanz wieder erhöhte (rd. 220 Mill. DM im März gegenüber 89 Mill. DM im Februar).

Ob das im März dieses Jahres zum ersten Male wieder seit längerem festzustellende stärkere Zurückbleiben des Zuwachses der sogenannten Geldkapitalbildung gegenüber dem Zuwachs der Kreditgewährung nur eine durch saisonale und andere Sonderfaktoren bedingte vorübergehende Erscheinung ist oder ob es sich hier um die ersten Ansätze einer Wandlung in den Schuldner- und Gläubigerbeziehungen zwischen Bankensystem und Wirtschaft handelt, muß vorerst noch eine offene Frage bleiben. Zu einem Teil ist der stark verringerte Zuwachs im Geldkapitalaufkommen sicherlich durch den beträchtlich verstärkten Zuwachs der von den Nichtbanken erworbenen Aktien zu erklären. Auch die Tatsache, daß die Kreditinstitute des langfristigen Kredits kaum neue Bankschuldverschreibungen emittierten und dafür um so mehr bemüht waren, ihr Aktivgeschäft zu erweitern, hat zweifellos ebenfalls zu dieser ungewöhnlichen Spanne zwischen Geldkapital- und Kreditzuwachs beigetragen. Andererseits deuten jedoch gewisse Wandlungen in der Verteilung der von der monetären Seite auf die Gesamtkonjunktur wirkenden expansiven und kontraktiven Kräfte (wie beispielsweise verringerte Devisenüberschüsse und nur allmählich einsetzender Abbau der Überschüsse in den öffentlichen Kassen) darauf hin, daß die Liquiditätsreserven der Gesamtwirtschaft abnehmen und der Kreditbedarf — bei weiter anhaltendem Fortschritt — trotz verstärkter Einschaltung der Wertpapiermärkte wieder stärker zunimmt.

Zur Preisbildung in der sowjetischen Besatzungszone

Am 1. April 1955 wurden im Gesetzblatt der DDR eine Reihe von Preisanordnungen¹⁾ veröffentlicht, durch die mit einem Schlage zum Datum der Veröffentlichung alle Erzeuger- und Großhandelspreise für Eisen und Stahl auf annähernd das Doppelte der bisher gültigen Preise heraufgesetzt wurden. Es gehört zu den Eigenarten der sowjetzonalen Wirtschaft, daß eine solche Maßnahme, die in westlichen Ländern an sich kaum denkbar ist, aber wenn sie dort durchgeführt werden würde, wegen ihrer weitreichenden Auswirkungen auf den gesamten Wirtschaftsablauf die Öffentlichkeit aufs lebhafteste erregen würde, in der SBZ nur wenig beachtet und besprochen über die Bühne gehen kann. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Eisenpreiserhöhung sich wohl zunächst fast nur an gewissen Umgruppierungen in den Etats der Fachministerien bemerkbar machen wird. Trotzdem aber ist die getroffene Regelung ein sehr zu beachtendes Datum in der Entwicklung des Planwirtschaftssystems der SBZ überhaupt und verdient einige Beachtung.

Die Grundsätze der Preisbildung in der SBZ

Die Preise sind in der SBZ ebenso wie in den westlichen Ländern ein Instrument zur Steuerung des Wirtschaftsablaufes und der Verteilung des Sozialprodukts. Die Zentralverwaltungswirtschaft, der die SBZ sich nähert, schließt grundsätzlich die freie marktmäßige Preisbildung aus und ersetzt sie durch autoritäre Preisfestsetzung. Da sie sich aber trotz Produktions- und Absatzplanung bestimmten Auswirkungen der Preisfestsetzung auf Produktionsablauf, Warenfluß und Verteilung des Sozialprodukts nicht entziehen kann, ist sie in der Preisfestsetzung nicht frei, sondern hat den jeweils „richtigen“ Preis auch ohne wirksamen Marktautomatismus zu finden.

Obwohl diese Zusammenhänge selbstverständlich längst bekannt waren, sind merkwürdig spät, nämlich erst Anfang Februar 1953, erstmals allgemeine Grundsätze für die Preispolitik in der SBZ durch den Ministerrat zu einem offiziellen Beschluß erhoben worden²⁾. Bis zu diesem Zeitpunkt ist nicht viel mehr geschehen, als daß die Preispolitik und Preisüberwachung der Kriegszeit mit gewissen Modifikationen fortgeführt wurde, was sich wiederum zum Teil aus dem Befehl der Besatzungsmacht ergab, die Preisebene des Jahres 1944 festzuhalten.

Die Preise von 1944 wurden zwar bei steigenden Produktionskosten auf den meisten Gebieten längst verlassen, die bis 1953 und zum großen Teil noch heute gültige Preisstruktur hat sich jedoch gegenüber 1944 nur wenig verändert. Für gewisse Massenerzeugnisse der Grundstoff-Industrien und der Landwirtschaft gelten feste Abgabepreise, die in Anlehnung an die Preise von 1944 festgesetzt wurden. Der weiterverarbeitenden Industrie und dem Handwerk wurden auf Grund ihrer betriebsindividuellen Kalkulation, die sich auf den bestehenden Rohstoffpreisen und Löhnen aufbaute, die Abgabepreise behördlicherseits im Einzelfalle genehmigt. Als Sonderfall wurden bestimmte Preise für den Absatz an Endverbraucher im Inlande aus fiskalischen Gründen durch Verbrauchssteuern beträchtlich erhöht.

Durch die betriebsindividuelle Preiskalkulation ergeben sich von Betrieb zu Betrieb oft recht unterschiedliche Preise, die marktmäßig nicht ausgeglichen werden können. Ferner gelten diese Preise nur für bestimmte Normalqualitäten und für den Inlandsabsatz; die Herstellung von Exportqualitäten erfordert

meist besondere Subventionen. Beim Export selbst wie auch beim Import sind weiterhin Ausgleichszahlungen zur Überbrückung der Differenzen gegenüber den Weltmarktpreisen bzw. den festgesetzten Wechselkursen nötig.

Der Beschluß des Ministerrates vom 6. Februar 1953 forderte in vier Hauptabschnitten und 42 Leitsätzen „von der bisherigen, nicht mehr den Anforderungen der gegenwärtig erreichten Stufe der Planung genügenden Praxis der Preisbildung zu einer höheren Form der Preispolitik überzugehen, die auf der volkswirtschaftlichen Bilanzierung beruht und die planmäßige Verteilung des Volkseinkommens gewährleistet“. Das in den Leitsätzen aufgestellte Ziel besteht darin,

1. durch inhaltlich aufeinander abgestimmte Waren- und Finanzierungsbilanzen Preise zu ermitteln, die im Verbrauchssektor eine Übereinstimmung zwischen „Kauf- und Warenfonds“ ergeben;
2. im Rahmen dieser Übereinstimmung eine Preispolitik zu betreiben, die den individuellen Konsum in die gewünschte Richtung lenkt, Produktionsanreize gibt, den technischen Fortschritt fördert, zur Selbstkostensenkung anregt und die Warenzirkulation beschleunigt, kurz alles das bewirkt, was Marktpreise gemeinhin zu bewirken vermögen.

Diese Grundsätze, die dem Preis die gleiche Aufgabe zu stellen scheinen, die auch der Marktpreis in der freien Wirtschaft zu leisten hat, wollen aber nicht nur den marktmäßigen Preismechanismus durch abgestimmte Waren- und Finanzpläne ersetzen, sie sind selbstverständlich auch im Sinne der sog. „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ und des gesamten Plankontrollsystems zu verstehen. Die festzusetzenden Preise sollen der jeweiligen realen Kostensituation entsprechen und grundsätzlich keine marktmäßigen Sonder-Gewinne bzw. -Verluste beim Erzeuger und beim Handel entstehen lassen. Dieses Prinzip wird allerdings insofern durchbrochen, als in den weiterverarbeitenden Industrien einheitliche Festpreise je Erzeugnis und Qualität auf Grund der durchschnittlichen Planselbstkosten der betreffenden Industriezweige gebildet werden sollen, die die Gesamtrentabilität der gesamten Produktion eines jeden Erzeugnisses (also nicht nur der Grenzproduktion) gewährleisten. Durch Vereinheitlichung aller Handelsspannen und durch Berechnung von Durchschnittsfrachten sollen dann weiterhin einheitliche Preise an allen Plätzen der SBZ geschaffen werden. Dies würde ein kompliziertes System von internen Preis- und Kostenausgleichszahlungen voraussetzen. Gewissermaßen als Nebenprodukt der Preispolitik sollen im übrigen differenzierte Verbrauchsabgaben beim Erzeuger eingeführt werden, durch die alle bisherigen Steuern mit Ausnahme der Einkommensteuer zu ersetzen sind.

Die Durchführung der allgemeinen Preisbildungsgrundsätze

Schon kurz vor der Verkündung der neuen Preisbildungsgrundsätze wurde eine Neuregelung der Steinkohlenpreise durchgeführt. Die Abgabepreise an die Verbraucherbetriebe hatten bis dahin 18,99 DM pro t für sächsische und 22,91 DM für importierte polnische Steinkohle betragen, während sich die Selbstkosten im sächsischen Revier auf 47,67 DM und für Importkohle auf 52,12 DM beliefen³⁾. Mit Wirkung vom 1. Januar 1953 wurden die Preise von Inlands- und Importkohle vereinheitlicht und auf 53,50 DM erhöht. Diese Erhöhung machte für Erzeugung und Import von Steinkohle und Koks des Jahres 1952 rd. 270 Mill. DM aus und überschritt damit die 1952 notwendigen Preisstützungs- und Ausgleichszahlungen um 10 vH.

¹⁾ Preisanordnungen 405, 406, 407, 408, 409 und 410, alle vom 26. 3. 1955; ferner einige Anweisungen zu diesen Anordnungen, GBl. Nr. 27 vom 1. 4. 1955.

²⁾ Beschluß des Ministerrates vom 6. Februar 1953; GBl. Nr. 22 vom 21. Februar 1953.

³⁾ Bekanntgegeben auf der Theoretischen Konferenz der SED am 13./14. 12. 1952.

Für den bisher subventionierten Steinkohlenverbrauch wäre durch diese Preiserhöhung die Rentabilität bzw. die Anpassung der Preise an die realen Kosten hergestellt worden, die für den Braunkohlenbergbau bereits im allgemeinen gegeben war. Eine Abwälzung der Kohlenpreiserhöhung aber wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Die Industrie, soweit sie Steinkohle verarbeitet, sollte grundsätzlich die Kohlepreiserhöhung durch Produktionssteigerung auffangen. Lediglich für die eisenschaffende Industrie waren Preiserhöhungen angekündigt worden, sobald ermittelt sei, wie diese in den weiterverarbeitenden Stufen, insbesondere im Maschinenbau, aufgefangen werden könnten. Da neben dem Verkehr fast ausschließlich die eisenschaffende Industrie Steinkohlenverbraucher war, dürften tatsächlich die früheren Subventionen der Steinkohlenwirtschaft auf diese beiden Wirtschaftszweige umgelegt worden sein.

Eine weitere Preisregelung grundsätzlicher Art wurde zu gleicher Zeit für Buntmetalle durchgeführt, die bei Kupfer eine Erhöhung von mehr als 200 vH des bisherigen Preises mit sich brachte und wegen des hohen Importanteiles der Buntmetalle hauptsächlich eine Anpassung an die gestiegenen Weltmarktpreise darstellte. Die hohe Preisstützung für die eigene Kupfererzeugung wurde nur zu etwa zwei Dritteln abgebaut. Bei Aluminium betrug die Preiserhöhung nur etwa 33 vH und stellte einen Ausgleich für die gestiegenen Produktionskosten dar. Diese Preiserhöhungen haben infolge des geringen Umfanges der Buntmetallverarbeitung nicht die Bedeutung der Kohlenpreiserhöhung; sie durften auch weiter gewälzt werden, da ein Interesse bestand, die Verarbeitung von Buntmetallen einzuschränken.

Es hat noch reichlich zwei Jahre gedauert, bis die anlässlich der Kohlepreiserhöhung bereits angekündigte Neuregelung der Eisenpreise verwirklicht wurde. Lediglich als Vorstufe einer endgültigen Regelung wurden im Dezember 1953 gewisse Preisvereinheitlichungen durchgeführt, die im Sinne der „Grundsätze“ die unterschiedliche Frachtberechnung (z. T. noch auf Frachtbasis Oberhausen) sowie Mengen- und sonstige Rabatte beseitigte, so daß seitdem einheitliche Frankopreise an allen Orten der SBZ bestehen. Diese Regelung galt aber lediglich für den Verkehr zwischen Großhandel und Verbraucher. Die vom Großhandel zu zahlenden Werksabgabepreise wurden nicht geändert, so daß der durch die Kohlenpreise erhöhte Subventionsbedarf der eisenschaffenden Industrie unverändert bestehen blieb.

Die für die jetzige Eisenpreisregelung maßgebenden Preislisten sind bisher nicht veröffentlicht worden, doch läßt sich aus den veröffentlichten Anordnungen erkennen, daß alle Preise mit gewissen Modifikationen reichlich verdoppelt wurden. Da der bisherige Preis beispielsweise für Stabstahl 200 DM pro t betrug, bedeutet diese Verdoppelung auf 400 DM eine Hebung des Gesamtniveaus der Eisenpreise etwa auf die in der Bundesrepublik geltende Preishöhe.

Der Abgabepreis von 200 DM für Stabstahl galt bereits 1951. Er erforderte damals im Durchschnitt aller Betriebe Preissubventionen von rd. 100 DM pro t. Die Festsetzung der Preise auf etwa das Doppelte (400 DM) läßt vermuten, daß der Sub-

ventionsbedarf infolge der Produktionskostenerhöhung (Kohlepreiserhöhung und Lohnerhöhungen) bis auf etwa 200 DM pro t gestiegen war. Das entspricht einer Produktionskostenerhöhung um etwa 33 vH. Bei einer Stahlproduktion im Jahre 1954 von rd. 2 Mill. t sind also rd. 400 Mill. DM Preisstützungen gezahlt worden, die jetzt in die Abgabepreise eingehen. Damit soll nach den sowjetzonalen Kommentaren zusammen mit den planmäßig vorgesehenen Selbstkostensenkungen die Rentabilität der eisenschaffenden Industrie im Durchschnitt etwa gegeben sein. Die Differenzierung der Produktionskosten von Werk zu Werk (im Jahre 1951 schwankten die Preisstützungen bei Rohstahl zwischen 13 und 160 DM pro t und bei Stabstahl zwischen 72 und 172 DM) besteht sicherlich auch heute noch, so daß zweifelsohne noch Preisausgleiche innerhalb des gesamten Industriezweiges durchgeführt werden müssen.

Eine Weiterwälzung der Preiserhöhung dürfen lediglich die Gießereien, Drahtziehereien und Schmieden vornehmen. Der übrigen eisenverarbeitenden Industrie sind Preiserhöhungen aus Anlaß der Eisenpreiserhöhung verboten. Während aber den volkseigenen Betrieben die durch die Preiserhöhung entstandenen Mehraufwendungen grundsätzlich aus dem Staatshaushalt ersetzt werden, ist für Betriebe der privaten Wirtschaft und für Genossenschaften eine Regelung dahin getroffen worden, daß die Mehraufwendungen nur insoweit vergütet werden, als sie nicht aus dem 6 vH des Umsatzes übersteigenden Teil des Gewinnes bestritten werden können, so daß diese Betriebe einen Teil der Preiserhöhungen selbst übernehmen müssen. Eine besondere Ausnahme gilt für Handwerksbetriebe, denen das kontingentierte Material über die Handwerksgenossenschaften weiterhin zu den vor dem 1. April gültigen Preisen geliefert wird.

Es ist nicht zu verkennen, daß durch die Erhöhung der Eisenpreise wenigstens ein Bereich der eisenschaffenden Industrie insgesamt die Anpassung der Preise an die bestehenden Produktionskosten durchgeführt zu sein scheint und daß für diesen Industriezweig damit die Möglichkeit besteht, die Grundsätze der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ einigermaßen wirksam werden zu lassen. Die früher ausgesprochene Erwartung, daß die Eisenpreiserhöhung in der weiterverarbeitenden Industrie aufgefangen werden könnte, ist jedoch nicht eingetreten. Ob es überhaupt möglich sein wird, in absehbarer Zeit eine Angleichung der Preise an die Kosten durchzuführen, ist eine offene Frage. Am Inlandsmarkt scheinen Preiserhöhungen für Investitionsgüter immerhin denkbar, da eine Erhöhung der Investitionssummen zu Lasten der Preissubventionen lediglich eine Verrechnungsoperation wäre. Der Teil der Eisenproduktion, der für den letzten Verbraucher bestimmt ist, hat heute zwar keine sehr große Bedeutung für die Industrie selbst; eine Preiserhöhung könnte aber nur zum Teil, etwa durch den Abbau von Haushaltsaufschlägen, ausgeglichen werden und würde doch erhebliche Verschiebungen in der Preisstruktur für Konsumgüter nach sich ziehen. Anders wiederum liegt es bei der Preisbildung für Exportgüter, die einen hohen Anteil an der Gesamterzeugung haben. Hier wäre die Bildung höherer Inlandspreise ziemlich gleichgültig, da infolge der viel zu hoch angesetzten Wechselkurse eine Anpassung der Preise an die des Weltmarktes ohnehin ausgeschlossen scheint.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1954												1955		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Anzahl der Werktage:			24,8	24	27	24	24	24	27	26	26	26	24,7	26	24,3	24	27
Bevölkerung																	
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	.	.	70800	.	.	70800	.	.	71000	.	.	71000	.	.
" " " " " " " "	BRD	"	"	49317	49351	49389	49430	49473	49516	49560	49608	49652	49690	49730	49763	49795	.
" " " " " " " "	G-B	"	"	.	.	3439	.	.	3441	.	.	3445	.	.	3442	.	.
" " " " " " " "	W-B	"	"	2194	2189	2189	2190	2191	2191	2193	2193	2195	2195	2194	2192	2192	2191
" " " " " " " "	O-B	"	"	.	.	1250	.	.	1250	.	.	1250	.	.	1250	.	.
" " " " " " " "	SBZ	"	"	.	.	16950	.	.	16900	.	.	16875	.	.	16850	.	.
" " " " " " " "	Saar	"	"	979	979	980	981	982	983	984	985	986	986	987	988	.	.
Bevölkerungsbewegung																	
Geburten ¹⁾ " " " " " " " "	BRD	auf 1000		15,6	17,0	16,9	16,6	16,7	16,1	15,5	15,1	15,7	14,2	14,9	14,9	15,3	16,5
" " " " " " " "	W-B	Einwohner		8,3	8,2	8,2	8,2	8,3	8,3	8,5	7,7	7,8	7,5	7,5	7,6	8,1	8,3
Sterbefälle ²⁾ " " " " " " " "	BRD	und 1 Jahr		11,2	12,4	11,6	10,6	10,5	9,8	9,3	9,2	9,1	9,9	10,5	11,0	11,7	12,9
" " " " " " " "	W-B	berechnet		16,0	20,1	15,3	13,2	12,9	12,7	11,1	11,9	12,0	13,1	13,8	14,9	14,9	15,3
Eheschließungen " " " " " " " "	BRD	"		4,7	7,6	5,5	9,5	9,9	9,7	10,3	15,3	6,0	8,5	8,0	8,2	4,5	7,1
" " " " " " " "	W-B	"		4,5	6,1	6,5	9,0	7,6	10,0	9,9	12,2	7,6	8,1	6,7	9,3	4,7	6,2
Einkommen																	
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	1482,8	1396,4	1543,7	1562,4	1570,2	1616,3	1668,3	1633,7	1696,4	1711,3	1756,2	1851,0	1669,2	1576,6
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	179,2	168,8	186,6	188,9	189,8	195,4	201,7	197,5	205,1	206,9	212,3	223,8	201,8	190,6
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	475,6	475,4	479,9	483,6	485,5	493,0	494,3	501,3	507,9	514,4	530,0	591,9	544,4	545,7
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	195,6	195,7	197,5	199,0	199,8	202,9	203,4	206,3	209,0	211,7	218,1	243,6	224,1	224,6
Eisenbahn																	
Personenverkehr																	
Beförderte Personen	BRD	Mill.	S	114,5	101,3	108,0	105,9	111,1	101,7	107,3	115,2	110,0	104,4	109,5	110,5	123,9	106,6
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	101,4	99,4	95,7	96,6	98,6	92,8	94,7	102,4	100,5	92,7	100,5	97,6	110,1	104,3
Personen-km " " " " " " " "	"	Mill.	"	2524,6	2204,8	2414,2	2674,8	2893,0	3021,2	3435,9	3591,4	2850,8	2696,8	2507,0	2717,2	2603,1	2353,8
Güterverkehr																	
Wagengestellung, arbeitstäg.	"	1000	TD	52,0	54,4	55,8	55,3	57,1	56,8	56,6	57,2	60,2	64,2	65,4	61,1	56,5	57,9
Beförderte Güter ³⁾ " " " " " " " "	"	1000 t	S	18717,6	19020,0	21530,5	18570,1	19314,6	19321,5	21347,0	20983,8	22127,0	24266,5	24155,5	23634,0	21074,2	20570,9
" " " " " " " "	"	"	"	7306,7	7612,0	7361,2	6282,6	6763,0	6660,7	7324,4	7357,4	7545,6	7620,6	7602,1	7780,6	7654,3	7490,5
" " " " " " " "	"	"	"	102,4	107,6	108,6	104,5	109,6	109,6	107,6	109,6	115,7	127,0	132,2	123,0	114,8	115,8
Güterversand, arbeitstäg.	"	1949 = 100	"	211,8	205,9	198,4	192,0	220,5	184,2	167,1	137,3	157,0	211,4	184,4	180,3	192,0	216,1
Güterversd. nach West-Berlin	"	1000 t	"	14,9	17,0	17,1	15,3	14,4	12,9	14,1	14,8	16,9	19,6	16,1	17,3	12,6	14,4
Güterempf. aus West-Berlin	"	"	"	4100,8	4261,8	4487,3	3804,6	4018,2	3924,1	4382,4	4355,4	4548,3	4851,2	4663,4	4659,0	4319,6	4333,4
Nettotonnen-km " " " " " " " "	"	Mill.	"														
Binnenschifffahrt																	
Güterumschlag i.d. Binnenhäfen ⁴⁾	BRD	1000 t	S	8749,0	2828,5	13876,8	14255,2	14761,6	14858,1	16099,6	15625,2	16031,5	16127,3	15206,8	13740,7	9522,8	11518,2
" " " " " " " "	W-B	"	"	30,0	—	80,6	218,1	209,9	169,8	130,7	141,3	119,7	158,7	177,9	156,2	29,5	60,2
Beförderte Güter ⁵⁾ " " " " " " " "	BRD	"	"	5744,0	2088,2	9214,7	9341,2	9895,0	10036,6	10852,1	10481,5	10904,7	10985,4	10313,4	9362,7	6653,8	8408,3
Geleistete Tonnen-km " " " " " " " "	"	Mill.	"	1198,9	405,9	2063,5	2095,9	2330,6	2355,0	2564,1	2430,4	2540,7	2550,0	2303,7	2086,1	1518,9	2009,9
Seeschifffahrt																	
Güterumschlag, insgesamt	BRD	1000 t	S	3183	2839	3581	3562	3501	3514	3896	4001	4131	4637	4127	4084	4058	3775
" " " " " " " "	"	"	"	2927	2767	3273	3229	3124	3204	3550	3608	3694	4180	3731	3747	3832	3522
Post																	
Übermittelte Telegramme	BRD	1949 = 100	S	96,3	90,3	107,1	117,9	115,6	114,4	126,2	123,6	116,7	115,5	105,5	122,8	96,7	93,7
Fernsprechnahverkehr	"	"	"	138,3	131,9	145,3	145,7	144,4	145,3	139,8	138,2	142,2	150,1	150,1	157,2	152,4	.
Fernsprechweitverkehr	"	"	"	140,6	136,5	164,7	160,2	160,6	164,7	168,7	164,7	172,7	180,7	176,7	180,7	164,6	.
Beförderte Pakete	"	"	"	145,6	152,0	181,4	177,0	166,9	153,2	160,7	155,8	172,3	196,4	216,5	291,2	154,9	156,3
Eingezahlte Postanweisungen u. Zahlkarten	"	"	"														
Anzahl " " " " " " " "	"	"	"	177,8	177,8	200,0	185,2	185,2	185,2	192,6	177,8	185,2	200,0	200,0	237,0	192,6	185,1
Betrag " " " " " " " "	"	"	"	182,2	175,4	199,7	189,2	181,9	191,1	198,8	185,7	188,0	194,6	195,1	246,5	200,6	182,8
Straßenverkehr																	
Beförderte Personen	BRD	Mill.	S	283,2	267,2	279,1	267,1	269,3	256,8	265,0	242,1	263,0	283,7	285,1	307,8	290,7	276,4
" " " " " " " "	W-B	"	"	23,6	22,0	24,9	23,1	24,4	22,9	22,9	22,8	23,2	24,1	24,0	25,6	22,3	21,1
Omibus " " " " " " " "	BRD	"	"	133,7	127,6	131,6	121,0	122,7	118,5	124,3	123,2	125,7	132,8	140,1	154,4	158,0	151,0
Omibus u. Obus " " " " " " " "	W-B	"	"	11,6	10,9	12,3	11,2	12,3	11,6	12,5	12,6	13,0	14,7	15,0	16,7	15,1	14,5
U-Bahn " " " " " " " "	"	"	"	10,8	10,2	11,3	10,4	10,6	9,9	10,3	10,3	10,4	11,1	11,2	12,0	10,1	9,6
Einzelhandelsumsätze																	
Gesamter Einzelhandel	BRD	1949 = 100	S	133	125	143	160	145	142	160	138	142	158	161	245	137	143
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	125	126	139	152	134	139	153	138	140	149	143	201	133	136
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	136	105	128	160	148	133	156	115	118	160	171	284	119	135
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	145	136	161	167	164	160	186	174	185	199	210	313	161	160
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	141	148	170	170	158	157	169	156	159	161	166	257	158	160
Index der Grundstoffpreise																	
Insgesamt	BRD	1938 = 100	D	250	251	251	251	250	254	254	252	253	255	254	255	258	258
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	131	131	131	131	131	133	133	132	132	133	133	133	135	135
Industriestoffe	"	"	"	136	136	136	137	136	137	137	137	138	139	140	141	142	143
Nahrungsmittel	"	"	"	121	122	122	121	121	125	125	124	123	123	121	120	121	120
Index der Erzeugerpreise																	
Gesamte Industrie	BRD	1938 = 100	D	217	217	216	216	215	215	216	216	216	217	218	218	219	220
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	113	113	113	113	113	113	113	113	113	114	114	114	115	115
Grundstoff- und Produktions- güterindustrie	"	"	"	127	126	126	127	127	127	127	128	128	129	129	130	131	133
Investitionsgüterindustrie	"	"	"	116	116	116	115	115	115	115	115	115	115	116	116	116	117
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	"	95	95	95	95	95	95	95	95	95	95	95	95	96	96
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	97	97	97	96	96	97	97	98	98	98	98	99	99	99
Index der Einzelhandels- preise																	
Insgesamt	BRD	1938 = 100	D	177	178	178	179	179	179	180	179	179	179	180	180	180	180
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	93	93	93	94	94	94	94	94	94	94	94	94	95	94
Lebensmittel	"	"	"	95	96	96	96	96	96	96	97	97	97	98	98	99	98
Textilwaren und Schuhe	"	"	"	81	81	81	81	81	81	81	81	81	81	81	80	80	80
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	96	96	96	96	96	96	96	96	96	96	96	97	97	98

*) D = Gesamtdeutschland (einschl. Saargebiet), BRD = Bundesrepublik Deutschland, SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-B

Gegenstand	Einheit†)		1954												1955		
			Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Ver. Staaten von Amerika																	
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	24)	.	355,8	.	.	356,0	.	.	355,5	.	.	362,0	.	.	369,0	
Privater Verbrauch	"	24)	.	230,5	.	.	233,1	.	.	234,8	.	.	237,7	.	.	242,0	
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	24)	.	43,4	.	.	44,6	.	.	45,1	.	.	50,3	.	.	52,7	
Öffentlicher Bedarf	"	24)	.	81,9	.	.	78,3	.	.	75,6	.	.	74,1	.	.	74,3	
Erwerbstätige, gesamt ¹⁾	1000	E	60055	60100	60598	61119	62098	62148	62277	62145	62141	61732	60688	60150	59938	60477	
Arbeitslose	"	"	54351	54225	54522	54297	54470	54661	55349	54618	54902	55577	55363	54853	54854	54785	
Produktion, gesamt ²⁾	1947/49 = 100	D	3670	3724	3465	3305	3347	3347	3245	3100	2741	2893	2838	3347	3383	3176	
Verarb. Industrie	"	"	125	123	123	125	124	123	123	124	126	128	130	132	133	135	
Bergbau	"	"	126	125	125	126	125	124	125	126	128	130	131	133	134	136	
Lagerhaltung der verarb. Ind. ³⁾	Mill. \$	E	113	112	109	111	114	112	109	108	109	113	116	120	123	123	
Außenhandel, Generaleinfuhr	"	S	46115	45774	45183	44805	44638	44208	43878	43700	43811	43841	43760	43600	43700	43700	
Generalausfuhr	"	"	809	862	957	829	947	822	825	781	764	839	942	870	858	898	
Goldbestand, gesamt	"	E	1183	1125	1125	1140	1473	1291	1155	1111	1264	1245	1312	1168	1223	1337	
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	"	21958	21965	21969	21973	21927	21908	21809	21810	21759	21710	21713	21714	21716	21719	
Bankdebitoren, gesamt ⁴⁾	"	S	29904	29707	29735	29870	29922	29892	29923	29985	30074	30500	30509	29789	29817	29794	
Konsumkredite,	"	"	141926	171854	154759	149812	163501	154848	151504	149898	152322	156843	186317	163388	149718	178914	
Emissionen,	"	"	28140	27833	28095	28372	28666	28725	28736	28856	28975	29209	30125	29760	29518	.	
Neues Kapital ⁵⁾	"	"	1386	1961	1947	4386	2438	2151	1298	2131	6547	1366	2544	2661	1354	.	
Aktienkurse (480 Aktien) ⁶⁾	1947/49 = 100	D	439	660	486	652	859	898	346	777	1008	299	592	486	382	.	
Kurse festverzinslicher Werte ⁷⁾	vH	"	199,6	204,9	212,7	219,8	222	231	236	239	244	252	265	269	278	278	
Staatsseinnahmen	Mill. \$	S	116,5	117,9	118,1	117,5	117,0	117,5	117,8	117,6	117,5	117,4	117,0	116,7	115,7	115,4	
Staatsausgaben	"	"	6425	13013	3956	5037	11347	3148	4801	5280	2887	4905	4217	4833	5954	.	
Großhandelspreise ⁸⁾	1947/49 = 100	D	4707	5555	5296	5203	7308	4827	6731	5019	4857	3842	6288	4942	4831	.	
Lebenshaltungskosten ¹⁰⁾	" = 100	M	110,5	110,5	111,0	110,9	110,0	110,4	110,5	110,0	109,7	110,0	109,5	110,1	110,4	110,0	
			115,0	114,8	114,6	115,0	115,1	115,2	115,0	114,7	114,5	114,6	114,3	114,3	114,3	114,3	
Großbritannien																	
Erwerbstätige, gesamt ¹⁾	1000	E	22275	22274	22344	22430	22604	22518	22613	22614	22635	22685	22714	22726	22745	.	
Registrierte Arbeitslose	"	"	387	342	317	289	240	220	240	236	253,9	263,1	256,3	297,8	281,6	269,9	
Produktion, gesamt ¹¹⁾	1948 = 100	D	130	132	124	133	127	116	113	133	137	139	130	134	138	140	
Metallindustrie	"	"	132	135	128	138	132	120	115	138	143	144	134	138	142	.	
Textilindustrie	"	"	123	123	113	123	115	104	100	123	127	126	112	123	.	.	
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	233,8	2287,0	2276,5	271,4	282,3	280,6	258,4	273,6	219,0	328,3	304,9	322,0	300,5	352,7	
Spezialausfuhr	"	"	201,1	246,5	225,0	229,1	217,9	247,1	205,7	210,5	214,9	196,7	255,8	248,6	232,8	260,3	
Bank von England, Goldbestand	"	E	2,9	2,9	2,9	2,9	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	
Notenumlauf	"	"	1547,9	1576,9	1612,6	1613,4	1647,4	1715,8	1653,9	1635,4	1635,9	1669,2	1751,7	1653,8	1668,9	1696,3	
Emissionen, gesamt ¹²⁾	"	S	86,7	50,2	12,5	34,1	14,7	31,9	125,3	48,8	29,0	64,4	20,1	10,1	25,1	24,3	
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	137,4	136,6	144,2	149,0	152,3	158,8	165,9	171,2	176,3	179,3	179,8	191,1	190,2	180,7	
Staatsseinnahmen	Mill. £	S	568,9	389,4	308,0	305,7	223,9	323,0	349,3	271,6	277,6	348,3	308,0	870,7	685,8	485,8	
Staatsausgaben	"	"	367,3	491,6	365,2	282,1	331,9	295,6	331,9	356,2	310,3	329,7	443,1	311,1	396,4	515,1	
Großhandelspreise ¹³⁾	1938 = 100	D	321,6	324,1	325,2	326,3	327,7	328,1	324,7	323,9	324,3	326,0	330,8	332,8	333,9	331,2	
Lebenshaltungskosten ¹⁴⁾	Juni 1947 = 100	"	140	141	142	141	142	145	144	143	144	145	145	146	146	146	
Frankreich																	
Arbeitslose ¹⁵⁾	1000	E	77,7	75,9	73,0	69,1	61,7	56,1	54,6	48,4	49,2	53,2	57,3	64,3	68,4	67,2	
Produktion ¹⁶⁾	1938 = 100	D	149	151	155	159	157	147	122	156	159	164	166	169	170	175	
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. ffrs.	S	127,9	128,4	137,1	133,8	132,5	121,8	116,5	117,6	114,5	125,0	131,9	116,6	139,5	139,9	
Spezialausfuhr	"	"	130,6	122,5	127,4	125,5	125,6	114,9	116,5	114,3	129,7	138,5	146,7	133,8	138,5	136,7	
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	
Notenumlauf	"	"	2257	2235	2322	2319	2381	2386	2402	2444	2428	2458	2539	2514	2549	2584	
Emissionen v. Obligationen	"	S	13,1	0,7	7,4	.	20,0	8,1	3,7	15,7	18,5	15,0	0,1	.	23,5	.	
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1949 = 100	D	176	183	195	205	200	218	238	254	264	293	313	320	320	356	
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	114,9	116,0	115,7	115,4	114,9	114,9	116,6	116,4	117,6	119,6	120,1	121,0	122,4	124,3	
Großhandelspreise (319 Waren)	"	"	137,8	136,3	136,8	138,9	134,8	134,4	135,9	134,6	133,9	134,7	135,2	135,5	135,0	135,2	
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W)	"	"	144,1	143,6	142,4	144,2	143,8	141,9	141,7	142,6	142,9	144,2	144,9	145,3	145,0	144,9	
Niederlande																	
Arbeitslose ¹⁷⁾	1000	E	142,5	104,6	90,7	73,1	62,3	64,1	61,3	53,5	52,1	69,0	99,4	110,4	107,7	82,1	
Produktion, arbeitstätig	1949 = 100	D	131	134	143	148	149	135	136	145	151	151	152	141	141	.	
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	720	954	873	873	878	970	883	905	969	957	1124	1053	895	.	
Spezialausfuhr	"	"	628	801	707	710	732	752	714	773	811	894	812	789	777	.	
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	2924	2924	2924	2924	2930	3006	3015	3015	3015	3015	3015	3015	3015	3023	
Notenumlauf ¹⁸⁾	"	"	3192	3290	3267	3367	3357	3395	3418	3373	3367	3516	3579	3539	3583	3527	
Emissionen ¹⁹⁾	"	S	458,3	37,3	7,7	11,7	2,1	8,8	96,8	2,0	52,7	19,5	165,4	617,0	5,9	.	
Aktienkurse	1938 = 100	D	176,7	178,0	181,8	186,0	189,2	198,6	199,8	200,8	209,7	224,8	224,6	228,4	231,3	238,7	
Großhandelspreise	1948 = 100	"	136	135	136	137	137	134	134	134	136	136	136	138	137	.	
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	103	104	104	104	106	105	105	106	105	106	106	107	107	.	
Belgien																	
Arbeitslose ²⁰⁾	1000	D	328,0	250,0	232,0	219	207	198	177	162	157	177	209	296	298	.	
Produktion, gesamt ²¹⁾	1936/38 = 100	"	125	127	125	119	122	108	116	124	127	121	127	120	114	.	
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. bfrs.	S	9061	11960	10828	10656	10537	10032	10251	11256	10823	10602	11235	11131	.	.	
Spezialausfuhr	"	"	7663	9450	10044	8693	9875	9138	8723	9055	10489	10823	10684	11009	10685	.	
National Bank, Goldbestand	"	E	39400	39400	39400	39000	38300	38300	37800	38000							